

Ingo Schmidt

Wir sind jetzt alle Sozialdemokraten. Fast alle.

Vor ein paar Wochen erklärte IWF-Chefin Kristalina Georgieva, reiche Haushalte müssten höhere Steuern zahlen. Die Ungleichheit bei Einkommen und Vermögen habe Ausmaße erreicht, die den sozialen Frieden bedrohten. Der Leiter Europa-Abteilung des IWF, Alfred Kammer, forderte, wie schon in früheren Jahren, die Bundesregierung zu einer Ausweitung ihrer Investitionen auf. Die bestehenden Budgetregeln in der EU und ihren Mitgliedsländern sollten entsprechend geändert werden. Zwecks Austrocknung von Steueroasen US-Finanzministerin Janet Yellen fordert eine globale Mindestbesteuerung von Unternehmen.

Von Steuererhöhungen will Michael Hüther, Chef des Instituts der deutschen Wirtschaft, nichts wissen. Dafür attestiert er den sozialen Sicherungssystemen in Deutschland, der zunehmenden Ungleichheit der Markteinkommen erfolgreich entgegenzuwirken. Die durch Umverteilung bewirkte Angleichung der verfügbaren Einkommen sei auch dringend notwendig, um sozialer Spaltung und populistischen Bewegungen entgegenzuwirken. Auch er spricht sich für eine Erhöhung der öffentlichen Investitionen aus. Die Schuldenbremse müsse gegebenenfalls gelockert werden. Begründende Argumente hat Hüthers Institut in Zusammenarbeit mit dem gewerkschaftseigenen Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung schon vor zwei Jahren ausgearbeitet, vor Corona und der damit verbundenen Ausweitung von Staatsausgaben und -schulden. In einem gemeinsamen Artikel, öffentlichkeitswirksam in der Frankfurter Allgemeinen platziert, sprachen sich kürzlich auch die DGB- bzw. Grünen-Vorsitzenden Reiner Hoffmann und Robert Habeck für mehr öffentliche Investitionen aus. Ohne diese sei eine klimaneutrale Wirtschaft nicht zu haben.

Der Zeitgeist dreht sich

Wo soviel sozialdemokratischer Geist in der Luft liegt, wagt sich auch die SPD aus der Deckung. Stünde der Lafontaine-Schröder-Hartz-Komplex dem nicht im Wege, könnte die Partei die geistige Urheberschaft für so ziemlich alles reklamieren, was gegenwärtig von Georgieva, Kammer, Yellen, Hüther, Hoffmann und Habeck zu hören ist. Bündig zusammengefasst in dem Buch ‚Keine Angst vor der Globalisierung‘, dass Lafontaine mit seiner damaligen Frau Christa Müller geschrieben und rechtzeitig zum Bundestagswahlkampf 1998 veröffentlicht hat. Damals stand der Zeitgeist freilich nicht auf Seiten eines ökologisch aufgeklärten Keynesianismus, den Lafontaine und Müller propagierten.

IWF, US-Finanzministerium und Unternehmerverbände forderten damals unisono: Steuerensenkungen und Haushaltskonsolidierung, Rückzug des Staates auf seine Funktion als Garant von Eigentum und Wettbewerbsordnung. Lafontaine, der vom britischen Klatschblatt Sun als ‚gefährlichster Mann Europas‘ bezeichnet wurde, weil er eine EU-weite Steuerharmonisierung anstrebte, gab seinen Posten als Finanzminister nach wenigen Monaten auf. Schröder gab den Forderungen aus Washington und heimischen Unternehmerkreisen nach. Auch der Koalitionspartner drängte in diese Richtung. Die Wenigen, die sich damals bei den Grünen für Wirtschafts- und Finanzpolitik interessierten, waren stramme Ordoliberalen.

Prominent unter ihnen Oswald Metzger, ein Weggefährte Wilfried Kretschmers. Metzger

ist mittlerweile bei der CDU gelandet und engagiert sich in der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft. Doch selbst in der CDU ist der Ordoliberalismus nicht mehr unumstritten. Während sich die Grünen, zumindest außerhalb Baden-Württembergs, vom Ordoliberalismus offen verabschiedet haben, wird er von Teilen der CDU, beispielsweise dem wär-so-gerne-Vorsitzenden Friedrich Merz, mit Zähnen und Klauen verteidigt, von größeren Teilen aber zugunsten eines konzeptionslosen Bedienens wirtschaftlicher Sonderinteressen in den Hintergrund gedrängt. Abgas-, Cum-Ex, Wirecard- und Masken-Skandale machen mehr Schlagzeilen als unternehmerische Innovationen.

Das war während der Kanzlerschaft Schröders anders. Angesichts des Hypes um Start-Ups und einer New Economy jenseits von Staats- und Konzernmacht erschien Lafontaines Öko-Keynesianismus als Überbleibsel aus den 1980er Jahren. Einer Zeit, in denen Teile der SPD an ihren keynesianischen Überzeugungen festhielten und diese mit den Themen Umwelt- und Frieden zu verbinden suchten. So ließ sich Opposition machen aber keine Regierung führen. Dazu musste man, so der Schröder-Flügel der Partei, mit der neuen Zeit gehen. Und die stand im Zeichen politisch zu entfesselnder Marktkräfte.

Damit war nicht das Ende von Staatsinterventionen gemeint, sondern eine weitere Verschiebung vom Sozialstaat zur staatlichen Unterstützung von Börsen, Banken und Konzernen. Die Radikalisierung einer Entwicklung, die in den letzten Jahren der Kanzlerschaft Helmut Schmidts begonnen hatte und unter Gerhard Schröder ihren Höhepunkt erreichen sollte. Aber die Marktkräfte haben sich erschöpft. Wiederkehrenden Wirtschaftskrisen gingen mit immer größeren staatlichen Unterstützungsleistungen an private, vor allem große Unternehmen einher. Kein Tarifvertrag, keine Sozialhilfe haben öffentliche Haushalte je so ruiniert wie die Rettungsprogramme für das Monopolkapital.

Für Ordoliberales ist die Sache klar: Der Unterschied zwischen Kneipen und Kiosken am unteren und Konzernen am oberen Ende der Größenskala wird geleugnet, weil er nichts ins Weltbild der freien Konkurrenz unter rechtlich gleichgestellten Unternehmen passt. Den staatlichen Defiziten ist mit Ausgabenkürzungen zu begegnen. Natürlich im Sozialbereich, weil die ohnehin krisengedämpfte Investitionsneigung der Unternehmen nicht auf Depressionsniveau gedrückt werden darf. Eher sollte sie durch Steuersenkungen aufgepäppelt werden. Als Ideologie und Handlungsanleitung des Klassenkampfes von oben hat der Ordoliberalismus gute Dienste geleistet. Der Anteil der Profite am Volkseinkommen vor und nach Steuern stieg von Krise zu Krise. Das Absenken des staatlich garantierten Mindesteinkommens und immer schwerer zu erfüllende Zugangsbedingungen unterhöhlten die Verhandlungsmacht der Gewerkschaften.

Unternehmerstaat und Gewerkschaften gegen fossiles Kapital

Obwohl das Ziel der Umverteilung von Einkommen und Macht zugunsten des Kapitals erreicht wurde – richtig effizient war der Krise-Defizit-Austerität-Zyklus nicht. Wenn der Staat schon so viel Geld zur Rettung von Unternehmen ausgibt, sollte auch eine Rendite dabei herauspringen. Dem war aber nicht so, die Wirtschaftsaufschwünge mit steigenden Profiten und Steuereinnahmen wurden immer kürzer. Staatliche Rettungsprogramme dienten der Wahrung in der Vergangenheit erworbener Besitzstände, Akkumulation und Innovation förderten sie nicht. In einigen Köpfen der staatlichen und wirtschaftlichen Eliten, eher in Wirtschaftsverbänden als Konzernvorständen, machte sich die Idee breit, der Staat müsse selber unternehmerisch tätig werden.

In ihrem Buch „Das Kapital des Staates“ zeichnete Mariana Mazzucato die Rolle des Staates bei den Vorzeigeunternehmen der New Economy dar.

Unternehmerpersönlichkeiten wie Steve Jobs und Bill Gates spielen beim Aufstieg dieser Unternehmen eine Rolle. Aber nicht die Hauptrolle. Ohne vielfältige staatliche Unterstützung wären sie nicht von Garagenunternehmen zu multinationalen Konzernen geworden. Die sich mittlerweile auf ihren Monopolprofiten ausruhen und endlose Produktdifferenzierung als Innovation ausgeben.

Mazzucato ist die Starökonomin in Kreisen geworden, die staatliche Gelder von monopolkapitalistischer Besitzstandswahrung in Richtung Innovation und Akkumulation umlenken wollen. Wenn die Entwicklung neuer Unternehmen schon in der Vergangenheit in hohem Maße von staatlicher Förderung abhängig war, sich deren Innovationspotenzial aber schon nach wenigen Jahren erschöpfte – warum sollte der Staat dann nicht selbst die unternehmerische Initiative ergreifen.

Eine naheliegende Schlussfolgerung aus Mazzucatos Analysen. Attraktiv für die Kapitalfraktionen, die auf einen Umstieg von Kohle, Öl und Gas auf Sonne und Wind setzen. Weniger attraktiv für die fossilen Besitzstandswahrer. Die Einheit verschiedener Kapitalfraktionen, die sich im Kampf gegen Gewerkschaften und Sozialstaat herstellen ließ, ist brüchig geworden. Nicht nur in Sachen fossil oder post-fossil, sondern auch mit Blick auf Klein- und Mittelbetriebe gegenüber Konzernen und der damit eng verbundenen Frage der Ausrichtung auf Binnen- oder Weltmarkt.

Die Risse in den eigenen Reihen erklären auch, weshalb Teile des Kapitals den Schulterschluss mit Gewerkschaften, Grünen und Sozialdemokraten suchen. Ob sich daraus politische Mehrheiten schmieden lassen, ist eine andere Sache. Sollte es zu einer schwarz-grünen Koalition kommen, werden die Grünen sich von dem Bündnis Habeck-Hoffmann verabschieden. Dann gewinnt die Linie Metzger-Kretschmer nochmal die Oberhand. In einer Ampelkoalition würde die FDP die Durchsetzung eines ökologisch-sozialdemokratischen Klassenkompromisses verhindern. Politisch könnte dieser, vielleicht, vielleicht, von Rot-Rot-Grün geschlossen werden. Ob hinter den dafür erforderlichen Wahlergebnissen eine gesellschaftliche Kraft stünde, so einen Kompromiss gegen die verbleibenden Ordoliberalen und die zahlreichen Neurechten durchzusetzen, sei dahingestellt.